

Fragen

für die Fragestunde der 7. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Januar 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 39
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	29, 30	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	4, 43	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	32, 33
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	41, 42
Dr. Felgentreu, Fritz (SPD)	14	Pau, Petra (DIE LINKE.)	7, 8
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	52, 53	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	3
Dr. Hahn, Andre (DIE LINKE.)	1, 2	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 40	Renner, Martina (DIE LINKE.)	9, 10
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 50	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	5	Selle, Johannes (CDU/CSU)	46, 47
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 24
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
		Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Dr. Andre Hahn
(DIE LINKE.)
Welche Mitglieder der Bundesregierung werden nach derzeitiger Planung zu den Olympischen Winterspielen 2014 nach Sotschi reisen, und welche Mitglieder der Bundesregierung zu den Paralympischen Spielen 2014?
2. Abgeordneter
Dr. Andre Hahn
(DIE LINKE.)
Was wird die Bundesregierung tun, um ggf. auch unabhängig von der Stiftung Deutsche Sporthilfe zu gewährleisten, dass die Leistungen und Ergebnisse der deutschen Sportlerinnen und Sportler der Paralympischen Winterspiele in Sotschi 2014 gleichermaßen gewürdigt werden, wie die der Sportlerinnen und Sportler der Olympischen Winterspiele?
3. Abgeordneter
Harald Petzold (Havelland)
(DIE LINKE.)
Wie gedenkt die Bundesregierung, ihr verbales Lob für das Coming-out von Thomas Hitzlsperger (www.spiegel.de/sport/fussball/bundesregierung-lobt-coming-out-von-thomas-hitzlsperger-a-942453.html) in eine praktische Unterstützung für Sportlerinnen und Sportler weiterzuentwickeln, die in Zukunft ihre bislang aus Furcht vor Ausgrenzung, Diskriminierung oder Benachteiligung verheimlichte sexuelle Orientierung öffentlich machen wollen?
4. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Wie viele Feststellungen des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit waren zuletzt im Register der Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten eingetragen (bitte so genau wie möglich nach dem Grund bzw. der jeweiligen Rechtsgrundlage unterscheiden, z. B. § 29 Absatz 2, Absatz 3 oder § 25 Absatz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes), und inwieweit bezieht sich die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verabredete Abschaffung des Optionszwangs auch auf die Optionspflichtigen infolge der Übergangsregelung des § 40b des Staatsangehörigkeitsgesetzes?
5. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
Wie viele Fälle des Nichtbestehens des Freizügigkeitsrechts nach § 2 Absatz 7 des Freizügigkeitsgesetzes/EU (Täuschung) wurden nach Auskünften des Ausländerzentralregisters oder anderer Quellen bislang festgestellt (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und Zahlen zu rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen nennen), und wie bewertet die Bundesregierung diese

Zahlen im Hinblick auf die aktuelle Debatte um einen angeblichen Missbrauch der Freizügigkeit durch Vortäuschung falscher Tatsachen (bitte ausführen)?

6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung über ein erfolgreiches Eindringen in die SchenGENER Informationssysteme SIS und SIS II (Neue Luzerner Zeitung, 24. Dezember 2013; bitte für alle Vorfälle seit Bestehen des Systems ausweisen und den entstandenen Schaden sowie die mutmaßlichen oder verurteilten Urheber nennen), und mit welchem jeweiligen Inhalt hat das Bundeskriminalamt Berichte zu dem Angriff von 2012 in Dänemark erhalten?
7. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Welche Fehleinschätzungen und Defizite bei der Wahrnehmung und Beurteilung der Gefahren durch den Rechtsextremismus hat die Bundesregierung nach Kenntnisnahme des Abschlussberichts des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode (Bundestagsdrucksache 17/14600) im Bereich der politischen Verantwortung festgestellt, und welche Konsequenzen hat sie daraufhin für Struktur, Ausstattung und Zuständigkeiten in den Bundesministerien und Bundesbehörden gezogen?
8. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung die Analysefähigkeit der Bundessicherheitsbehörden und der Bundesministerien so weit verbessert, dass die im Laufe der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode zutage getretenen offensichtlichen dramatischen Fehleinschätzungen, die u. a. zum Rücktritt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz geführt haben, nicht mehr auftreten können, und welche weiteren Maßnahmen sind im Laufe des Jahres 2014 zu erwarten?
9. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Welche US-amerikanischen Behörden haben im Zeitraum von 1998 bis zum November 2011 deutschen Sicherheitsbehörden welche Informationen und Daten über die Angeklagten im NSU-Prozess (NSU = Nationalsozialistischer Untergrund) vor dem Oberlandesgericht München zur Verfügung gestellt?

10. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche US-amerikanischen Telekommunikationsunternehmen haben im Zeitraum von 1998 bis zum November 2012 deutschen Sicherheitsbehörden welche Informationen und Daten über die Angeklagten im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

11. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Dauer bzw. Umfang, in dem die in Deutschland tätigen einzelnen Telekommunikationsunternehmen in den letzten fünf Jahren jeweils Vorratsdaten speicherten, löschten und Dritten freiwillig oder auf behördliche Anordnung bzw. Gerichtsbeschluss hin übermittelten (bitte weiter aufschlüsseln bezüglich ein-/ausgehender Telefonie-Verbindungsdaten, IMEI, IMSI, Standortdaten, erfolgloser Verbindungsversuche, SMS-Verbindungen, bei Flatrate und Prepaid-Karten; IP-Adressen UMTS-Netz, bei Internetzugang, bei Internettelefonie sowie E-Mail-Nutzung), und welche Initiativen werden das Bundesinnen- sowie -justizministerium in den nächsten Monaten gegen Vorratsdatenspeicherung in Deutschland unternehmen, v. a. durch Initiativen zur Aufhebung der EU-Richtlinie 2006/24/EG über Vorratsdatenspeicherung statt nur Differenzierungen bei deren nationaler Umsetzung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

12. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den geplanten zusätzlichen Entgeltpunkt für Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder als anrechenbares Einkommen bei der Witwen- bzw. Witwerrente zu berücksichtigen, und wie viele Personen mit Rentenansprüchen für Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder haben heute – bei gleichzeitigem Bezug einer Witwen- bzw. Witwerrente – ein anrechenbares Einkommen, das über dem aktuellen Freibetrag von zurzeit 742,90 Euro in den alten bzw. 679,54 Euro in den neuen Bundesländern liegt?

13. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann plant die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns vorzulegen, und wie ist die Position der Bundesregierung zu den geforderten Ausnahmen vom Mindestlohn zum Beispiel für Schüler, Praktikanten, Studenten, Rentner, Saisonarbeitnehmer, Taxifahrer und Langzeitarbeitslose (bitte auf die im Gespräch befindlichen Gruppen im Einzelnen eingehen)?
14. Abgeordneter
Dr. Fritz Felgentreu
(SPD)
- Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen Arbeitslosigkeit und funktionalem Analphabetismus, von dem in Deutschland schätzungsweise 7,5 Millionen Menschen betroffen sind (vgl. www.bmbf.de/de/426.php), und wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Agentur für Arbeit, zur Integration in den Arbeitsmarkt notwendige Alphabetisierungskurse nur in Einzelfällen zu finanzieren, gegenüber dem eigenen Anspruch, der Dekade der Alphabetisierung gerecht zu werden?
15. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung die öffentlich angestoßene Debatte über die so genannte Armutszuwanderung aus europäischen Ländern für geeignet, um die Bemühungen des Förderprogramms „MobiPro-EU“ zu stärken, durch das Jugendliche aus Ländern der Europäischen Union mit hoher Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland willkommen geheißen werden sollen, und wie schätzt die Bundesregierung die Chancen ein, dass Slogans wie „Wer betrügt, der fliegt“ den betroffenen Jugendlichen, die nicht zuletzt auch zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland angeworben werden sollen, ein Bild der Willkommenskultur in Deutschland vermitteln?
16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es für angemessen, für zwei inhaltliche Fragestellungen („Zu klären ist, welchen Anspruch auf welche Sozialleistungen Zuwanderer in Deutschland haben. Auch benötigen die Kommunen für die Integration ärmerer Zuwanderer möglicherweise Unterstützung, weil sie dies allein nicht leisten können.“ Vergleiche www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/2014-01-08-sts-ausschuss-zuwanderung- eingesetzt.html) einen Staatssekretärs-Ausschuss zur Zuwanderung unter Beteiligung von elf Bundesministerien einzurichten, und beabsichtigt sie, dies bei Fragestellungen ähnlicher Komplexität künftig regelmäßig zu tun?

17. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen sind nach Kenntnis der Bundesregierung von den vor deutschen Gerichten verhandelten Fällen, in denen es um den Ausschluss von Unionsbürgern von Arbeitslosengeld (ALG II) gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) geht, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus den Staaten betroffen, die ab dem Jahr 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, und wie viele der vor deutschen Gerichten verhandelten Fälle, in denen es um den Ausschluss von Unionsbürgern von ALG II gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2 SGB II geht, sind auf den von der Bundesregierung eingelegten Vorbehalt zum Europäischen Fürsorgeübereinkommen zurückzuführen?
18. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche rechtliche Stellung und welche Befugnisse wird die designierte Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, vor dem Hintergrund, dass sie kein Mitglied des Deutschen Bundestages ist, innerhalb der Bundesregierung und gegenüber dem Parlament haben?
19. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung entschieden, die Position nicht mit einer Abgeordneten zu besetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

20. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der Absatz an 2,4-D-haltigen Herbiziden seit 2009 in Deutschland entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Jahr/Produkt), und wie bewertet die Bundesregierung die kritische Debatte um mögliche gesundheitliche und ökologische Risiken des Mittels, das öffentlich als Bestandteil des hochgradig giftigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ bekannt ist?

21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit nach Kenntnis der Bundesregierung Anträge auf Zulassung 2,4-D-resistenter gentechnisch veränderter Pflanzen vor, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus einer bevorstehenden Zulassung solcher Pflanzen in den USA?
22. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass sich der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Honigrichtlinie ausgesprochen hat, da dessen Umsetzung im Widerspruch zum so genannten Honig-Urteil des Europäischen Gerichtshofes stünde, weil infolge der Änderung Honig ab 0,1 Prozent GVO-Pollenanteil (GVO = gentechnisch veränderte Organismen) keinerlei Kennzeichnungspflicht unterworfen wäre, und falls die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission unterstützt, wie gedenkt die Bundesregierung dann die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren, die keinen Honig mit GVO-Pollen kaufen möchten?
23. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich der spätestens Anfang Februar 2014 anstehenden Entscheidung über den Antrag der Europäischen Kommission zur Anbauzulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507, und welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten (COREPER) Mitte Januar 2014 anstehenden Entscheidung über die Art des Abstimmungsverfahrens bezüglich des Zulassungsvorschlages für die Maislinie 1507?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die am 8. Januar 2014 geäußerte Auffassung des scheidenden Bundesministers der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière („In der Bundeswehr ist natürlich vieles nicht in Ordnung, nicht nur im Rüstungsbereich“; vgl. ZEIT ONLINE vom 8. Januar 2014), und bejahendenfalls, welche Bereiche der Bundeswehr außer deren Rüstung sieht die Bundesregierung in besonderer Unordnung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

25. Abgeordnete
**Monika
Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte plant die Bundesregierung in welchem Zeitraum, um die so genannte Extremismusklausel in den Förderrichtlinien der Bundesprogramme zur Demokratieförderung und gegen Rechtsextremismus zu streichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordneter
**Dr. Harald
Terpe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde bisher keine neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung benannt, und in welcher Kabinetsitzung soll die Bestellung erfolgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und
digitale Infrastruktur**

27. Abgeordneter
**Stephan
Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Genehmigung der Interims-Flugrouten für den Betrieb der Südbahn während der Sanierung der Nordbahn am Flughafen Berlin Brandenburg durch die DSF Deutsche Flugsicherung GmbH und das Bundesamt für Flugsicherung, und ist eine Genehmigung bis zum von dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, Hartmut Mehdorn, angekündigten Beginn der Sanierung der Nordbahn zum 1. Juli 2014 sichergestellt?
28. Abgeordneter
**Stephan
Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Schließt der Flughafen Berlin-Tegel sechs Monate nach Inbetriebnahme der Südbahn, wie im Planfeststellungsbeschluss vorgeschrieben, und falls nein, wie soll diese Regelung außer Kraft gesetzt werden?

29. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass gemäß der Bundeshaushaltsordnung die Einführung einer für inländische Pkw-Halterinnen und Pkw-Halter kostenneutralen Pkw-Maut (Vignette) nur dann zulässig ist, wenn die um die Kompensationsleistungen für inländische Pkw-Halterinnen und Pkw-Halter bereinigten Einnahmen aus der Pkw-Maut die Mauterhebungskosten übersteigen – sprich: die von ausländischen Kfz-Halterinnen und Kfz-Haltern entrichteten Mautzahlungen in Summe größer sind als die gesamten Erhebungskosten (bitte begründen), und sind nach Auffassung der Bundesregierung die den Pkw-Halterinnen und Pkw-Haltern entstehenden Befolungs- und Entrichtungskosten der bereits für 2015 avisierten Mautpflicht in die Berechnung der Erhebungskosten einzubeziehen (bitte begründen)?
30. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Werden durch die Bundesregierung vor der Ressortabstimmung der gesetzlichen Grundlage einer Einführung der Pkw-Maut (Vignette) alternative Mautkonzepte, allen voran die von der Europäischen Kommission präferierte fahrleistungsabhängige Pkw-Maut geprüft (bitte begründen), und welchen Effekt hat nach Ansicht der Bundesregierung die EU-seitige Vorgabe „Es darf keine kostenlosen Vignetten oder auch Rabatte allein für in Deutschland registrierte Autos geben“ (Siim Kallas – Süddeutsche.de, 7. Januar 2013) auf die Höhe des Anteils der Gesamteinnahmen der Pkw-Maut, der von den Kfz-Halterinnen und Kfz-Haltern, deren Pkw nicht in Deutschland Kfz-steuerpflichtig sind, zu entrichten ist (bitte begründen)?
31. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Überprüfungsbasis (Terminkalender, persönliche Erinnerung der Bundeskanzlerin, Verbindungsaufzeichnungen, Notizen) ist ein Telefongespräch zwischen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stephan Mappus am Abend des 30. September 2010 nicht erinnerlich (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 84 auf Bundestagsdrucksache 18/247 vom 19. Dezember 2013)?
32. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu der vom Bundesminister a. D., Dr. Peter Ramsauer, im Mai 2013 eingerichteten „Reformkommission Bau von Großprojekten“ angesichts der Besetzung (siehe dazu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Reformkommission Bau von Großprojekten“

und die Interessen der Bauindustrie, Bundestagsdrucksache 17/14808), und gedenkt die Bundesregierung, am Auftrag sowie der Zusammensetzung Änderungen vorzunehmen bzw. die Kommission aufzulösen?

33. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- In welchem Prozedere (Federführung/koordinierendes Bundesministerium; Frauenquote; Entsendung von Personen aus bisher unberücksichtigten Bereichen wie Fahrgast-, Verkehrs- und Umweltschutzverbände; Einbeziehung des Bundestages) und mit welchem Zeitplan (Vorschlagsliste, Abstimmungsprozess, Bestellung; vor oder nach der anstehenden Neubesetzung eines Vorstandspostens) plant die Bundesregierung, die Eigentümervertreter des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG neu zu besetzen?
34. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung eine mögliche Erweiterung des Vorstandes bei der Deutschen Bahn AG (bitte ausführlich begründen)?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

35. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen auf die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland erwartet die Bundesregierung angesichts der dramatisch zunehmenden Verstromung von klimaschädlicher Braunkohle für das Jahr 2013 (vgl. www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=20131220_brd_stromerzeugung1990-2013.pdf), nachdem schon 2012 die Emissionen in Deutschland spürbar um 1,6 Prozent angestiegen waren (vgl. www.umweltbundesamt.de/presse/presseinformationen/treibhausgasausstoss-im-jahr-2012-um-16-prozent), und wie soll angesichts dieser ungünstigen Emissionsentwicklung das nationale Klimaziel von mindestens minus 40 Prozent bis 2020 erreicht werden?

*) Siehe hierzu auch Frage 40.

36. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Verstromung der klimaschädlichen Braunkohle in Deutschland zurückzudrängen, vor allem angesichts der Tatsache, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD im Hinblick auf eine notwendige Verknappung von Emissionszertifikaten im europäischen Emissionshandel nur eine einmalige und nur vorübergehende Herausnahme von 900 Millionen Zertifikaten (Backloading) vereinbart ist, und welchen Effekt erwartet die Bundesregierung durch dieses Backloading konkret auf die Braunkohleverstromung in Deutschland?
37. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Schritte, wie insbesondere Besprechungen mit den Bundesländern und/oder Atomkraftwerkebetreibern, plant die Bundesregierung für das Finden von Zwischenlagern für die insgesamt 26 Behälter mit verglastem Atommüll aus der Wiederaufarbeitung im französischen La Hague (5 Behälter) und britischen Sellafield (21 Behälter) (bitte mit Datum/Zeitplan angeben), und welche Zwischenlagerstandorte wurden hierfür aus fachlichen Gründen bereits endgültig ausgeschlossen (bitte mit Begründung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen ist die für Ende des Jahres 2013 angekündigte (s. Antwort auf meine Schriftliche Frage 109 auf Bundestagsdrucksache 17/14397) Aktualisierung der Zeit- und Kostenpläne für den Rückbau des Mehrzweckforschungsreaktors (MZFR), der Verglasungseinrichtung (VEK) und des WAK-Gebäudes durch die WAK GmbH & Co. KG gekommen, und welche Anpassungen des Finanz- und Zeitrahmens werden sich voraussichtlich daraus ergeben (bitte detaillierte Aufschlüsselung)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

39. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Gründe führten nach Kenntnis der Bundesregierung zu einer Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zwischen dem Architekturprofessor Philipp Oswald und der Stiftung Bauhaus Dessau, in dessen Stiftungsrat auch der Bund vertreten ist, und welche Position hat der Bund in diesem Verfahren vertreten?
40. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen Aufgaben und Geschäftsvorgängen im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn AG war Ronald Pofalla als Kanzleramtsminister in der 17. Wahlperiode betraut?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

41. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.) Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Zeitplan der Europäischen Union zu den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)?
42. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.) Zu welchem Datum wäre nach Schätzung der Bundesregierung die mögliche Ratifizierung des TTIP durch die Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, und welche Schritte wären für die Bundesrepublik Deutschland zur Ratifizierung notwendig?
43. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, Konsequenzen aus den jüngst bekannt gewordenen Korruptionsaffären im Zuge der Modernisierung von U-Booten der Klasse Poseidon, der Lieferung des Flugabwehrsystems Asrad sowie die des Artilleriesystems PzH 2000 nach Griechenland, in die führende deutsche Rüstungsunternehmen wie Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Rheinmetall AG und Atlas Elektronik GmbH verwickelt sein sollen, zum Beispiel bezüglich möglicher Ausfuhrgenehmi-

*) Siehe hierzu auch Frage 34.

gungen von Rüstungsgütern der betreffenden Unternehmen, zu ziehen (siehe www.sueddeutsche.de/politik/ermittlungen-in-athen-griechischer-ex-politiker-gesteht-schmiergeld-deal-um-deutsche-panzer-1.1852195 sowie www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schmiergeld-ermittlungen-in-griechenland-druck-auf-deutsche-ruestungsfirmen-steigt-1.1855972)?

44. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die Braunkohleförderung in Deutschland wie im Jahr 2013 auch im Jahr 2014 weiter erhöhen wird, auch vor dem Hintergrund der „dpa“-Meldung „Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft will 2014 mehr Kohle fördern“ (8. Januar 2014), und welche Konsequenzen zieht sie im Hinblick auf Klimaschutz- und Energiewendeziele?
45. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zuge der angekündigten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Förderung von Windenergieanlagen an Standorten mit einer Qualität von weniger als 75 Prozent des Referenzertrags zu beenden, vor dem Hintergrund der Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Wir werden die Fördersätze senken (insbesondere bei windstarken Standorten), um Überförderungen abzubauen und gleichzeitig durch eine Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells dafür sorgen, dass bundesweit die guten Standorte mit einem Referenzwert von 75 bis 80 Prozent auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden können“ (Seite 54), und wie viele Windenergieanlagen wurden nach Informationen der Bundesregierung im Jahr 2013 an Standorten errichtet, die einen geringeren Referenzertrag als 75 Prozent aufweisen (bitte nach Anzahl der Windenergieanlagen, installierter Leistung, Anteil an der insgesamt in Deutschland im Jahr 2013 installierten Windenergie-Leistung aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

46. Abgeordneter
Johannes Selle
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Entwicklung in der Republik Südsudan sowie die diesbezügliche Rolle der Nachbarstaaten, insbesondere die Rolle Ugandas, das ein militärisches Eingreifen auf Seiten der südsudanesischen Regierung angedroht hat?
47. Abgeordneter
Johannes Selle
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen (bitte insbesondere nach den Bereichen humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und der Höhe aufschlüsseln) beteiligt sich die Bundesregierung an den Bemühungen zur Resolution des aktuellen Konfliktes im Südsudan und seiner Folgen, und werden die geplanten Maßnahmen durch die Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung beeinträchtigt?
48. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zusätzlich zum bisherigen Engagement im Südsudan und speziell im Rahmen von UNMISS zu ergreifen, um angesichts der eskalierenden Gewalt zur Verbesserung der humanitären Lage, zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Unterstützung eines Waffenstillstandes beizutragen?
49. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vereinbarungen wurden bezüglich eines europäischen Drohnenprogrammes auf dem Treffen des Europäischen Rates am 19. Dezember 2013 getroffen (bitte Zeitplan, Kosten, Beteiligung, Bewaffnung o. Ä. detailliert angeben)?
50. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die Aussage durch eigene Erkenntnisse verifizieren, wonach die „Übermittlung von Auslandsdaten“ des Bundesnachrichtendienstes seit Januar 2011 „wiederholt Anschläge gegen deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan verhindert“ (Bundestagsdrucksache 18/217) habe, und in welchen Fällen haben Behörden der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Liegenschaften ausländischer Truppen zu inspizieren, wie es etwa im Zusatzprotokoll zum NATO-Truppenstatut geregelt ist?

51. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, zum 75. Jahrestages des Zweiten Weltkriegs, zum 25. Jahrestag des Mauerfalls, zum 10. Jahrestag der EU-Osterweiterung sowie zum 70. Jahrestag des Warschauer Aufstands in diesem Jahr, und wenn ja, wie ist der Stand der Planungen?
52. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Kenntnisstand der Bundesregierung über die Teilnahme der syrischen Opposition – insbesondere der Nationalen Koalition der syrischen Revolutionäre und oppositionellen Kräfte – an der Friedenskonferenz Genf II, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung für einen Erfolg der Konferenz geleistet?
53. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Krieg islamistischer Milizen in Syrien gegeneinander vor, und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung bezüglich ihrer bisherigen Unterstützung für die syrische Opposition, zum Beispiel durch den Treuhandfonds?